

# Parlament Familie oder Lobbyisten als Begleitung

Von Lukas Mäder

Über die Lobbyisten im Bundeshaus kursieren viele Gerüchte. Die neuen Parlamentarier gewähren Verbänden nur selektiv Zutritt.

Die Parlamentarier in Bern haben die Qual der Wahl: Sie können zwei Personen freien Zutritt ins Bundeshaus gewähren. Familienangehörige, persönliche Mitarbeiter oder Lobbyisten sind unabhängig von Parteizugehörigkeit und Dienstalter beliebt. Bei den Neuparlamentariern sind Wirtschaftslobbyisten noch selten.

## Herkunft betont

«Ich bin als Vertreter der Jungen SVP St. Gallen gewählt», sagt Nationalrat Lukas Reimann. Deshalb gewährt er seinem Nachfolger an der Spitze der JSVP, Jeffrey Bleiker, Zutritt. Der zweite Freipass soll an einen persönlichen Mitarbeiter gehen. «Ich hatte auch Anfragen von Verbänden», sagt Reimann. Er habe sie abgelehnt.

Solche Angebote schlug auch FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen

aus. «Ich bin nicht von einer Lobby gewählt, sondern mir selbst verpflichtet», sagt er. Deshalb begleiten ihn zwei Personen, die ihm nahe stehen: seine Partnerin und seine Mutter. Das will er nicht ändern, auch aus Tradition: Sein Vater, der Ende 2006 verstorbene Nationalrat Kurt Wasserfallen, hatte die Badges den Söhnen gegeben.

**Denkt an ihre politische Karriere: Natalie Rickli.**

Bild: Keystone



Nur einen Ausweis vergeben hat SP-Nationalrat Daniel Jositsch: «Ich habe nur eine persönliche Mitarbeiterin.» Anfragen von Verbänden für eine Zutrittsberechtigung hat er keine

bekommen: «Ich hoffe, das bleibt auch so.»

## Politische Einladung

Unter den Jungparlamentariern eindeutig politisch kalkuliert hat SVP-Nationalrätin Natalie Rickli. Sie gewährt Jürg Bachmann, dem Präsidenten des Verband der Schweizer Privatradios, den begehrten Zutritt. «Ich will mich in der Medienpolitik engagieren», sagt Rickli. Da sei Bachmanns grosses Know-how hilfreich.

Ricklis zweiter Badge geht an den früheren SVP-Generalsekretär Gregor Rutz. Ihm dürfte die Nähe zu den Bundespolitikern gelegen kommen: Rutz macht sich mit einer eigenen PR-Agentur selbstständig.



**Muss Befehl wiederholen: Divisionär Peter Stutz.** Bild: Keystone

## Taschenmunition zurück

**Bern** Die Armeeführung reagiert auf Hinweise aus der Truppe, wonach die Taschenmunition auch gekauft werden könne, statt sie zurückzugeben. Der Chef des Führungsstabes der Armee, Divisionär Peter Stutz, wird in den nächsten Tagen die Truppenkommandanten mit einem Befehl nochmals darauf hinweisen, dass eine Rückgabepflicht für Taschenmunition besteht.

## Drogenhändler in U-Haft

**Lausanne** Ein mutmasslicher Heroin-Grosshändler, der sich ab dem 18. August vor dem Bundesstrafgericht verantworten muss, bleibt in Untersuchungshaft. Das Bundesgericht hat seine Beschwerde abgewiesen. Der Mann war 2003 in Mazedonien verhaftet und an die Schweiz ausgeliefert worden. Er soll mit 1400 Kilo Heroin gehandelt haben.

## Vereinheitlichung

**Bern** Ein eidgenössisches Zivilprozessrecht soll 26 kantonale Prozessordnungen ersetzen. Der Nationalrat hat gestern die Beratung des rund 400 Artikel starken Gesetzes aufgenommen. Er blieb dabei auf dem von Bundesrat und Ständerat eingeschlagenen Kurs.

## Massnahmen ausarbeiten

**Luzern** Die Teilnehmer des Runden Tisches zum Industriewerk Bellinzona der SBB Cargo haben sich gestern in Luzern zum zweiten Mal getroffen. Beim Lokomotiven- und beim Wagenunterhalt seien Restrukturierungsmassnahmen notwendig, wenn das Werk mittelfristig am Markt bestehen will. Eine Arbeitsgruppe soll bis zum nächsten Treffen am 23. Juni Massnahmen ausarbeiten, um das Resultat bis 2010 zu verbessern. Dabei geht es um die Senkung der Kosten und die Erhöhung des Auftragsvolumens. (sda)

## Anpassung an Schengen

Das Ausländer- und das Asylrecht werden an die Abkommen von Schengen und Dublin angepasst. Als zweite Kammer hat der Nationalrat gestern den Gesetzesänderungen zugestimmt – SVP und SP nur lustlos.

Bei Einreiseverweigerungen an Schweizer Flughäfen wird ein neues Verfahren eingeführt. Um die illegale Zuwanderung zu erschweren, haben Airlines den Behörden gewisse Daten zu

melden. Fluggesellschaften, die dagegen verstossen, werden mit Busse bis zu einer Million Franken bestraft.

Nach dem Schengener Grenzkodex muss bei einer Einreiseverweigerung an den Aussgrenzen eine begründete und beschwerdefähige Verfügung auf einem standardisierten Formular erlassen werden. Das Ausländergesetz sieht nun eine Verfügung auf ausdrückliches Verlangen vor. (sda)

## Debatte zu hohen Preisen

Das eidgenössische Parlament wird am 12. Juni über die Nahrungsmittelkrise und über die Ölpreiserhöhung debattieren. Entsprechende Interpellationen wurden für dringlich erklärt.

## Schweiz soll handeln

Die SP-Fraktion hat im Nationalrat eine Interpellation zu den globalen Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln eingereicht. Sie fordert die Schweiz zum Handeln

auf. Ein ähnlicher Vorstoss stammt von den Grünen.

Eine SVP-Interpellation will Bürger und Wirtschaft angesichts steigender Rohstoffpreise finanziell entlasten und ruft den Bundesrat auf, die Mineralölsteuer zu senken. Im Ständerat interessiert sich Rolf Büttiker (FDP/SO) für den hohen Ölpreis. Er regt an, Abgaben und Steuern für den motorisierten Strassenverkehr einzufrieren. (sda)